

# Gescheiterte Friedensgespräche in Sri Lanka – Bürgerkrieg verschärft sich

## Krieg unter bestehendem Waffenstillstandsabkommen

Pia Hollenbach

**Eine politische Lösung des Konflikts in Sri Lanka ist in weite Ferne gerückt. Die Zunahme an Gewalt und die Übergriffe auf beiden Seiten sind im letzten halben Jahr stetig angestiegen. Sri Lanka befindet sich wieder einmal in offenem Kriegszustand – bei gleichzeitig weiter bestehendem Waffenstillstandsabkommen.**

Im Oktober 2006 scheiterte die zweite Runde der von Norwegen initiierten und vorangetriebenen Friedensgespräche in Genf. Die beiden Konfliktparteien konnten sich in Genf auf keine gemeinsame Lösung des Konfliktes einigen. Die Hoffnung auf eine politische Lösung, die am 26. Dezember 2004 mit der Tsunami-Katastrophe nochmals aufkam, scheint nun in weite Ferne gerückt. Politische Beobachter in Sri Lanka sahen damals eine Hoffnung darin, dass die Auswirkungen und der Wiederaufbauprozess nach der furchtbaren Flutwelle den Friedensprozess zwischen der Zentralregierung (GoSL) und den separatistischen Rebellen der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) wieder auf einen positiven Weg bringen würde. Die Fronten zwischen den Parteien hatten sich mit dem Scheitern des *Joint Mechanism* (Abkommen zum gemeinsamen Tsunami Wiederaufbau) und dem damit folgenden Ausschluss der LTTE von der internationalen Tsunami-Wiederaufbauhilfe, der Machtübernahme einer von singhalesischen Nationalisten geführten Regierungskoalition im November 2005, sowie ersten gewalttätigen Zwischenfällen im Osten des Landes Ende 2005 zusehends verhärtet.

Das erste Halbjahr 2006 war landesweit von Gewaltexzessen bestimmt, wie sie seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens im Februar

2002 nicht mehr verzeichnet worden waren. Experten bezeichnen die Vorgänge bereits als *Low Intensity Warfare*. Die Spannungen zwischen den beiden Parteien entluden sich mit Beginn der zweiten Jahreshälfte in offenen Kriegshandlungen im Osten und Norden des Landes, die sich jedoch auf andere Landesteile durch Bombenangriffe und/oder Mordanschläge auf Politiker ausweiteten.

### Der Tsunami und die Hoffnung auf politische Einigung

Mit den großen Zerstörungen, die der Tsunami auf der Insel angerichtet hatte, kam vielfach Hoffnung auf, der Wiederaufbau werde die Konfliktparteien zwangsweise wieder zusammenbringen und die Entwicklung des Landes sichern. Zum Zeitpunkt der Katastrophe befand sich der 2002 initiierte Friedensprozess zwischen GoSL und der LTTE bereits seit eineinhalb Jahren in einer Sackgasse. Die internationale Gebergemeinschaft übte sanften Druck auf die Regierung – Präsidentin Kumaratunga – aus, die Wiederaufbauhilfe sei an das Fortführen des Friedensprozesses im Lande gebunden. Die Präsidentin reagierte, indem sie den so genannten *Joint Mechanism* (P-TOMS), ein Kooperationsvertrag mit der LTTE bezüglich des Wiederaufbaus, Mitte 2005 unterzeichnete. Die Reaktionen im Parlament waren nicht positiv. Die singha-

lesisch-nationalistische Partei *Janatha Vimukethi Peramuna* (JVP) verließ das Parlament und machte die Regierungsführung unmöglich. Schlimmer noch, die JVP reichte im Juni 2005 Klage gegen den P-TOMS beim Obersten Gerichtshof ein, der die Klage annahm und somit die Vereinbarungen löste. Die Folge: die LTTE war vom gemeinsamen Wiederaufbau ausgeschlossen – die erhoffte Annäherung der Konfliktparteien war gescheitert.

Die Hoffnung auf eine politische und friedliche Lösung des Konfliktes wurde jedoch schon früher getrübt. Im Mai 2005 wurde in der nordöstlichen Hafenstadt Trincomalee eine Buddhastatue errichtet, die innerhalb der mehrheitlich tamilisch-hinduistischen Bevölkerung große Unruhe auslöste. Die Bevölkerung sah dies als einen Angriff der Regierung auf ihre Ethnie und Religion. Mitte August 2005 mit der Ermordung des tamilischen Außenministers Lakshman Kadirgamar, der ein grosser Kritiker und Gegner der LTTE war, sprach man bereits vom „Requiem für den Friedensprozess“. Nach der Ermordung erließ das Parlament die sogenannten *Emergency Regulations*, die es der Armee erlaubt, auf blossen Verdacht Personen zu inhaftieren, die eventuell mit der LTTE und/oder in terroristische Handlungen involviert sind. Verhaftete Personen können bis zu einem Jahr ohne Prozess festgehalten werden.

## Aus dem Jahresbericht 2006 von Alfons Schabarum (vgl. Heft 2-3/2006)

Der Ausbruch des offenen Krieges am 11. August, verbunden mit Ausgangssperren, Schließung der einzigen Zufahrtsstraße zur Halbinsel Jaffna und Knappheit an allen lebenswichtigen Gütern, führte im Menschenrechtszentrum (*Centre for Peace and Reconciliation*) endgültig zur Konzentrierung auf Menschenrechtsarbeit und ihrer Ausweitung bis zum Ende des Jahres: Es ging um Hilfe für unmittelbare Angehörige von Opfern von „Verschwinden, willkürlichem Arrest, Entführungen und außergerichtlichen Tötungen“. Mit der zwischenzeitlich erworbenen Professionalität wurden die Fälle dokumentiert, so dass es sich um regelrechte Rechtshilfe für die betroffenen Familien handelte. Es wurden 182 Fälle von außergerichtlicher Tötung, 74 von Verschwinden, Entführung und willkürlichem Arrest sowie 13 von Todesdrohungen bearbeitet. 217 Fälle wurden direkt zur entsprechenden Untersuchungskommission des Präsidenten gesandt. Die Unterlagen wurden ebenfalls zu *amnesty international*, zur Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, zur Internationalen Kommission für Juristen, zur Asiatischen Menschenrechtskommission, zur Europäischen Union, zu den Co-Chairs und zu *Human Rights Watch* gesandt. Erst gegen Ende des Jahres konnte mit der Aufarbeitung von Fällen aus 2006 begonnen werden! Insgesamt waren 16 MitarbeiterInnen überwiegend auf Honorarbasis kontinuierlich in folgende Arbeiten eingebunden: Besuche bei 15 Gemeindeverwaltungen im Landkreis Jaffna und Beschaffung von Informationen, Korrespondenz mit den Opferfamilien und Gespräche mit ihnen im Zentrum, Übersetzung der Unterlagen von Tamil ins Englische, Schreiben der zu unterzeichnenden Zeugenaussagen, Versand der Dokumente zu relevanten Behörden und Organisationen. Insgesamt waren drei Rechtsanwälte, ein Richter, ein Friedensrichter sowie 22 trainierte Teilzeitkräfte beteiligt. Viele staatliche und nichtstaatliche Institutionen inklusive die Rechtsfakultät der Universität haben die Arbeit unterstützt. Im Dezember wurde ebenfalls mit der Vorbereitung

eines Menschenrechts Diploma Kurses begonnen, an dem ab Januar ca. 80 ausgewählte Personen teilnehmen sollen.

[...]

Das Zentrum in Jaffna hat angesichts des fehlenden Schutzes der tamilischen Bürger durch staatliche Organe wie Justiz und Polizei eine hohe Bedeutung gewonnen für Opfer aller möglichen Rechtsverletzungen. Die Arbeit in Colombo basiert auf der Feststellung, dass die Vorurteile gegenüber den Tamilen

Alfons Schabarum am Neujahrsfeiertag der Hindus, Thai Pongal, bei einer befreundeten Familie.

A. Schabarum



in der singhalesischen Mehrheit im Süden tief verankert sind und ohne eine intensive Bewusstseinsarbeit eine Friedenslösung oder gar eine echte Versöhnung nicht denkbar ist. Die zunehmend staatlich kontrollierten Medien bieten keinerlei Chance für die Bürger, nichtmilitärische Lösungen kennenzulernen und zu unterstützen. Es macht Sinn, mit einschlägigen Organisationen in Colombo die Kräfte zu bündeln und für eine langfristige Friedenslösung zu arbeiten. Bedingung ist, dass die Sicherheitslage nicht – wie von den Rebellen angedroht – total kollabiert.

[..]

Infolge der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung (wer gegen den Krieg ist, wird automatisch als Pro-LTTE eingestuft!) ist nicht abzusehen, ob die gemäßigten gesellschaftlichen Kräfte noch eine Chance haben. Erfahrene Analysten sind davon überzeugt, dass es „erst noch mal viel schlimmer werden muss, bis es besser werden kann“. Das wird natürlich auch absehbare Auswirkungen auf die Arbeit in Jaffna bzw. Colombo haben.

Dieser parlamentarische Beschluss hatte schwerwiegende Folgen für die tamilische Bevölkerung im Land und schürte die Gewaltspirale weiter.

### Zuspitzung der Situation mit den Wahlen im Herbst 2005

Die am 17. November 2005 abgehaltenen demokratischen Wahlen in Sri

Lanka führten zu einem Sieg des singhalesischen Hardliner und damaligen Ministerpräsidenten Mahinda Rajapakse. Die Wahlen können in den Augen vieler jedoch nicht als demokratisch angesehen werden, da im Vorfeld des Wahltages die LTTE zu einem Wahlboykott der Bewohner der tamilischen Nord-Ost-Provinzen aufrief. In dieser Region befolgte die Mehrheit

der Bevölkerung den Boykottaufruf aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen durch die LTTE. Die Wahlbeteiligung in den Nord-Ost Provinzen war dementsprechend gering und viele sehen durch den Boykott den Sieg von Mahinda Rajapakse gesichert, der mit nur 50,33 Prozent die Wahl gewann. Der neue Präsident formte eine Koalition mit der nationalistischen JVP und der

buddhistischen *Jathika Hela Urumaya* (JHU), der er eine härtere Haltung gegenüber der LTTE und eine Neuverhandlung des Waffenstillstandsabkommens versprach. Die Aussichten auf eine politische Lösung im srilankischen Konflikt mit dem Sieg von Mahinda Rajapakse schwanden immer mehr. Laut politischen Kommentatoren wollte die LTTE einen Wahlsieg Rajapakses erreichen, um eine erneute Eskalation der Auseinandersetzungen heraufzubeschwören und den Kampf um einen eigenständigen Staat legitimieren zu können. Die föderale Lösung wie im Waffenstillstandsabkommen vereinbart, ist in den Reihen der LTTE nicht mehr gewünscht. In der *Hero's Day* Ansprache von LTTE Führer Vellupillai Prabhakaran, die jedes Jahr am 27. November stattfindet und von allen im Land mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird, da sie die Richtung der LTTE aufzeigt, wurde dem neuen Präsidenten zugleich ein Ultimatum gestellt: sofern die Regierung bis Ende 2005 keinen akzeptablen Vorschlag bezüglich der Weiterführung des Friedensprozesses vorstelle (und der sollte laut Prabhakaran einem Souveränitätsanspruch der LTTE für die Nord-Ost-Gebiete gleichkommen) würde die LTTE den bewaffneten Kampf für einen eigenen unabhängigen Staat wiederaufnehmen.

### Waffenstillstandsabkommen auf dem Papier – Gewalt nimmt zu

Das von Prabhakaran gestellte Ultimatum wurde nicht eingehalten und die LTTE verstärkte die Angriffe im Nord-Osten auf die dort positionierte srilankische Armee. Zunächst hielt sich die Regierung zurück, machte jedoch immer mehr Gebrauch von den „Emergency Regulations“ und erhöhte die Sicherheit im Land durch Check Points, Untersuchungen in Privathaushalten und Festnahmen von tamilischer Bevölkerung. Bereits im Januar 2006 drehte sich die Gewaltspirale derart schnell, dass die neutrale, aus Vertretern der fünf skandi-

navischen Ländern zusammengesetzte *Sri Lankan Monitoring Mission* (SLMM), die seit 2002 als Beobachter eingesetzt sind, den Waffenstillstand ernsthaft gefährdet sah.

Im Februar 2006 fanden auf norwegische Vermittlung hin Friedensgespräche in Genf statt, die wieder Hoffnung auf eine friedliche Einigung in der Bevölkerung hervorriefen. Die Parteien einigten sich in Genf auf gegenseitigen Gewaltverzicht und ein weiteres Treffen im April. Die Realität vor Ort sah jedoch anders aus. Schon während der Gespräche flog die Armee Luftangriffe auf tamilische Gebiete und die LTTE antwortete mit Bombenangriffen und Kampfhandlungen. Internationale politische Beobachter sehen in den Friedensgesprächen und den Zugeständnissen der Konfliktparteien „Augenwischerei und Verblendung der internationalen Gemeinschaft und der Bevölkerung“. Sri Lanka befindet sich in einem Kriegszustand, für den keine Partei international verantwortlich gemacht werden möchte und deshalb sprechen sich beide Seiten offiziell weiterhin für den Waffenstillstand aus.

Mit der Zunahme der Gewalt durch gezielte Selbstmordattentate auf Politiker durch die LTTE erklärte die EU im Mai 2006 die LTTE zur terroristischen Vereinigung, was die LTTE mit einer Aufforderung an die SLMM quittierte und alle Beobachter aus EU-Mitgliedsländern aufforderte, die tamilischen Gebiete der Insel zu verlassen. Dies hatte zur Folge, dass die SLMM auf eine so kleine Zahl schrumpfte und kaum handlungsfähig war. Heute hat sich das Zugpferd des Friedensprozesses Norwegen zurückgezogen, da die starre Haltung beider Konfliktparteien derzeit keine Verhandlungsmöglichkeiten mehr bietet.

Der Wendepunkt kam im August 2006. Regierung und LTTE liefern sich seitdem einen unerbittlichen und gewalttätigen Kampf um Macht

und Territorium. Begonnen hatten die Auseinandersetzungen im Nordosten in der Region um Muttur (bei Trincomalee), dort schloss die LTTE eine strategisch wichtige Wasser-schleuse, die vom srilankischen Militär durch Einsatz von Waffen zurückerobert wurde. Die Antwort der LTTE folgte mit Angriffen auf Regierungsgebiete im Norden bei Jaffna. Die Armee schlug die Offensive aber zurück und marschierte schliesslich selbst in LTTE-Gebiet ein. Insbesondere die zivile Bevölkerung ist von diesen Kampfhandlungen betroffen und täglich sterben sie durch ungezielte Angriffe beider Seiten. Ende 2006 spricht das Flüchtlingswerk der UN (UNHCR) von mehr als 250.000 Flüchtlingen. Die humanitäre Situation spitzt sich zu, Menschen leben in Camps unter schlechten Gesundheits- und Nahrungsbedingungen und Humanitäre Hilfe in die Gebiete wird von beiden Parteien behindert und limitiert.

Der nochmalige Versuch, die Konfliktparteien an einen Tisch zu holen, scheiterte im Oktober. Die LTTE forderte die Regierung auf, die einzige Zufahrtsstrasse in den Norden für humanitäre Hilfe zu öffnen, dies wurde jedoch abgelehnt. Die Regierung bot ihrerseits an, Hilfe über den Seeweg zuzulassen, was die LTTE ablehnte. Man trennte sich ohne jegliche Vereinbarungen und Zugeständnisse.

---

### Zur Autorin

Pia Hollenbach ist Geographin und derzeit Repräsentantin des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg in der Außenstelle Colombo. Neben dieser Arbeit ist Pia Hollenbach als Beraterin für Wiederaufbauprojekte nach der Tsunami-Katastrophe für die Diakonie Katastrophenhilfe tätig.

---

### Endnoten

<sup>1</sup>Florian Lüthy: Sri Lanka – aktuelle Situation. Ein Update. Schweizerische Flüchtlingshilfe.